



Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr (EKUV/XVII/007/2017)

Sitzungstermin: Dienstag, den 17.10.2017

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:09 Uhr

Ort, Raum: Rathaus-Altbau, Raum 2

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jochen Kruse

stellv. Vorsitzende/r

Herr Dirk Beening

Ausschussmitglieder

Herr Jörg Betz

Frau Gudrun Bonow

Herr Thomas Bruns

Herr Sönke Eden

Herr Paul Foest

Herr Hans Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Michael Runden

Herr Bruno Schachner

Frau Beate Stammwitz

Herr Michael Weber

beratende Mitglieder

Herr Thomas Buddenberg

Herr Wolfgang Buhr

Herr Bernd Hillrichs

Herr Günter Jelting

Verwaltung

Herr Ehler Cuno

Herr Karsten Everth

Herr Carsten Schoch

Frau Insa Seiwald

Herr Uwe Vogelsang

Abwesend:

Ausschusmitglieder

Frau Claudia Wostratzky

beratende Mitglieder

Herr Norbert Bakker

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 12.09.2017 (EKUV/XVII/006/2017)
- 4 Initiierung eines stationsbasierten Car-Sharing-Angebots in Leer
 - Beschluss
 - Vorlage: 2.65/XVII/0333/2017
- 5 Teilnahme am Modellprojekt "Tempo 30: Weniger Lärm, bessere Luft und mehr Verkehrssicherheit" des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums (ID: 158254)
 - Eilantrag der Gruppe Die Grünen/CDL
- 6 Radverkehr
 - 6.1 Präsentation über die Exkursion nach Nordhorn und Bocholt
 - Antrag der SPD-Fraktion, OV Heisfelde-Nüttermoor vom 07.10.17
 - 6.2 Präsentation zur Teilnahme am Projekt "Stadtradeln"
- 7 Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
 - Bericht
- 8 Informationen
 - 8.1 Tempo 30 vor bestimmten Einrichtungen - Umsetzung der Novelle der StVO vom Frühjahr 2017
 - 8.2 E-Ladesäule am Parkplatz Schmiedestraße
 - 8.3 Integrierter Bewirtschaftungsplan Emsästuar (IBP Ems)
 - 8.4 Tunnel Bremer Straße
 - 8.5 Sachstand Ausbau Logaer Weg
 - 8.6 Förderung Bgm.-Ehrlehnholz-Straße
 - 8.7 Hinweis zum Abstand zu Radfahrern
 - Anfrage von Michael Runden vom 12.10.17
- 9 Anfragen

- 9.1 Gehinderte Sicht durch Grünfläche zwischen Mettjeweg und Weidenweg
- 9.2 Verkehrssicherheit der Graalman-Halle Deichstraße
- 9.3 Aufnahme eines Vertreters des ADFC in EKUV
- 9.4 Fördermittel für den ÖPNV
- 10 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest. Dann begrüßte er die Ausschussmitglieder und Gäste, insbesondere Frau Herterich von der Ostfriesenzeitung.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 12.09.2017 (EKUV/XVII/006/2017)

Beschluss (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 12.09.2017 (EKUV/XVII/006/2017) wird genehmigt.

TOP 4 Initiierung eines stationsbasierten Car-Sharing-Angebots in Leer - Beschluss Vorlage: 2.65/XVII/0333/2017

Herr Kruse teilte mit, dass die SPD-Fraktion auf der letzten Fraktionssitzung diesen TOP nicht vorbereitet habe, da die Verwaltung ihm im Vorfeld mitgeteilt habe, dass der TOP abgesetzt werde. Er beantragte daher für die SPD-Fraktion, diesen TOP wieder von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Schachner bat darum, diesen TOP doch noch zu behandeln bzw. im Verwaltungsausschuss nächste Woche darüber zu beschließen.

Herr Kruse lehnte dies ab und ließ über seinen Antrag auf Absetzung des TOPs abstimmen. Er schlug außerdem vor, stattdessen die Tagesordnung um den Eilantrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 12.10.17 zu erweitern.

Beschluss (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme):

Der TOP „Initiierung eines stationsbasierten Car-Sharing-Angebots in Leer“ wird von der Tagesordnung gestrichen. Dafür wird die Tagesordnung um den TOP „Teilnahme am Modellprojekt 'Tempo 30: Weniger Lärm, bessere Luft und mehr Verkehrssicherheit' des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums (ID: 158254) - Eilantrag der Gruppe Die Grünen/CDL“ erweitert.

**TOP 5 Teilnahme am Modellprojekt "Tempo 30: Weniger Lärm, bessere Luft und mehr Verkehrssicherheit" des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums (ID: 158254)
- Eilantrag der Gruppe Die Grünen/CDL**

Herr Kruse sagte, dass für eine Beschlussfassung noch weitere Informationen notwendig seien, so dass die Verwaltung eine Vorlage zu diesem Thema erstellen sollte.

Herr Schachner trug vor, dass das Ziel des Eilantrags der Gruppe Grüne/CDL die kurzfristige Erstellung einer Vorlage sei, damit die Stadt in das Projekt des Wirtschaftsministeriums einsteigen könnte. Der Bewerbungsschluss für das Interessenbekundungsverfahren sei Ende Januar 2018. Dies setze einen Ratsbeschluss voraus. Um die Fristen einzuhalten, sei die Behandlung des Themas im nächsten EKUV zwingend erforderlich.

Herr Bruns teilte mit, dass er sich die Eckpunkte des Projektes durchgesehen habe. Dort sei von einer „aktiven Mitarbeit der Kommune“ die Rede. Er fragte, ob mit diesem Projekt nur Herr Vogelsang betraut werde.

Herr Schoch erwiderte, dass voraussichtlich verschiedene Fachdienste beteiligt werden müssten.

Herr Vogelsang berichtete, dass ihm das Projekt bereits bekannt sei und dass derzeit geprüft werde, ob die Stadt daran teilnehmen könnte. Hierzu seien bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, wie z.B. die Überschreitung von bestimmten Grenzwerten bezüglich Lärm bzw. Abgas/Luft oder erhöhte Unfallgefahren. Eine erhöhte Unfallgefahr liege auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen nach Auswertung der Unfallstatistik nicht vor.

Herr Schachner fragte, ob hierzu auch Messungen durchgeführt worden seien, um Anhaltspunkte für eventuelle Problembereiche zu bekommen.

Herr Vogelsang meinte, dass dies verfrüht sei. Es könnten noch keine Aussagen diesbezüglich getätigt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Bruns bestätigte Herr Schoch, dass Tempo 30 für das Projekt nicht flächendeckend, sondern lediglich an bestimmten Stellen eingeführt werden würde.

Herr Kruse stellte abschließend fest, dass die Verwaltung zum nächsten EKUV zu diesem Thema eine Vorlage erarbeiten sollte.

Dem wurde allgemein zugestimmt.

TOP 6 Radverkehr

TOP 6.1 Präsentation über die Exkursion nach Nordhorn und Bocholt - Antrag der SPD-Fraktion, OV Heisfelde-Nüttermoor vom 07.10.17

Herr Cuno berichtete über die Exkursion zu den fahrradfreundlichen Städten Nordhorn und Bocholt am 27.09.17 mit einer PowerPoint-Präsentation. In Nordhorn werde der sogenannte „modal split“ ermittelt. Dieser Begriff drücke in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel (Modi) aus, wie z.B. PKW, ÖPNV, Fahrrad. Diese Planungsgrundlage gebe es in Leer nicht. Er stellte in der Präsentation die Gemeinsamkeiten und auch die Unterschiede zu Leer dar.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit einsehbar eingestellt.

Frau Bonow fragte, ob der Prozess der Erhöhung des Radverkehrsanteils messbar sei und wie lange diese Umstellung gedauert habe.

Herr Cuno erwiderte, dass er hierzu keine konkreten Zahlen nennen könnte. Der Anteil des Radverkehrs in Nordhorn sei ohnehin schon, auch wegen der Nähe zu den fahrradfreundlichen Niederlanden - sehr hoch gewesen. Der Wert habe sich sicherlich stetig weiter verbessert. Er betonte, dass die Erhöhung des Radverkehrsanteiles auch Vorteile für die PKW-Fahrer habe, da hierdurch z.B. weniger PKW-Verkehr vorherrsche und es auch weniger Probleme bei der Parkplatzsuche gebe.

Herr Everth informierte darüber, dass Bocholt sich auch am modal split orientiere. Hierzu würden alle 5 bis 10 Jahre Messungen durchgeführt. Der Radverkehrsanteil habe sich von 30 % auf 37 % gesteigert.

Frau Stammwitz berichtete, sie habe bei der Exkursion in Gesprächen viel Interessantes erfahren. So gebe es zwei Schulen, die die Probleme mit den Verkehrs-/Schülerströmen auf verschiedene Weise und unterschiedlich erfolgreich gelöst hätten. Die eine Schule habe eine Ampel, an deren Signalisierung sich „Keiner halte“. Die andere Schule habe keine Ampel, jedoch eine große Aufstellinsel für die Schüler. Hier seien gute Erfahrungen gemacht worden. Der respektvolle Umgang miteinander sei erlernt worden und werde gelebt. Weiterhin teilte sie mit, dass die roten Beläge zur Markierung der Fahrradbereiche sehr teuer seien, so dass nur die Gefahrenpunkte rot markiert worden seien.

Herr Schoch warf hierzu ein, dass nur der rote Asphalt teuer sei, der rote Auftrag sei kostengünstiger.

Herr Cuno bestätigte die Beobachtung von Frau Stammwitz, dass lediglich bei Knotenpunkten eine rote Markierung der Fahrradflächen vorgenommen worden sei.

Herr Foest fand den Vortrag interessant. Er habe jedoch den Eindruck, dass alle gezeigten Straßen fast doppelt bzw. dreimal so breit wie die Leeraner Straßen ausge-

sehen hätten. In Leer werde es aus Platzmangel Probleme geben, wenn z.B. 3 Fahrspuren für Fahrräder eingerichtet werden sollten.

Herr Cuno stimmte dem zu. Die Verhältnisse seien nicht 1 zu 1 übertragbar. Es seien jedoch viele gute Anregungen für Leer aus der Exkursion ersichtlich, z.B. was bei größeren Knotenpunkten möglich wäre.

Auf Nachfrage von Herrn Schachner zu den Kosten verwies Herr Cuno auf die zu Beginn der heutigen Sitzung verteilte Broschüre.

Herr Everth informierte darüber, dass im Gespräch mit einem erfahrenen Fachdienstleiter am Rande der Exkursion dieser mitgeteilt habe, dass abschnittsweise gar keine Markierungen bzw. Schilder vorgenommen bzw. aufgestellt würden. Es werde mit gegenseitiger Rücksichtnahme eine Art „shared space“ auf der Straße gelebt, welches gut funktioniere.

TOP 6.2 Präsentation zur Teilnahme am Projekt "Stadtradeln"

Herr Cuno berichtete über die Stadtradelaktion vom 01.09. bis 21.09.17, an der die Stadt Leer teilgenommen hatte. Er bat um Vormerkung des Termins für die Abschlussveranstaltung am 08.11.17 um 18.00 Uhr im Festsaal des Rathauses, zu dem die Gewinner, die Teamkapitäne, die Sponsoren, die Politik und die Presse eingeladen würden und an dem die Preisverleihung an die lokalen Gewinner der Aktion vorgenommen werde.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit einsehbar hinterlegt.

Herr Schachner bedankte sich bei der Verwaltung für die gelungene Organisation der Teilnahme an der Aktion. Es habe ihm viel Spaß gemacht. Die Aktion habe dazu geführt, ein Wir-Gefühl zu entwickeln und sich mit seiner Stadt zu identifizieren. Er hoffe, dass auch im nächsten Jahr wieder daran teilgenommen werde.

Frau Bonow stimmte dem zu. Sie habe die Stadtradelaktion als eine gute Sache empfunden, die auch das Bewusstsein für Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer gestärkt habe.

Dem wurde allgemein zugestimmt.

TOP 7 Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Bericht

Herr Everth trug einen Zwischenbericht zum dreijährigen Erstvorhaben zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Leer vor (sh. Anlage zum Protokoll).

Herr Kruse fragte, ob für die Umrüstung der Beleuchtung gegen effiziente Systeme auch Fördermittel in Anspruch genommen werden.

Protokollantwort:

„Eine Voraussetzung für die Zahlung von Fördermitteln für den Austausch der Innen- und Hallenbeleuchtung ist, dass Mindestaufwendungen von 16.667 Euro für Beleuchtungsanlagen ohne Infrastruktur (Leitungen etc.) getätigt werden. Diese Aufwendungen wurden bisher bei keinem Projekt getätigt, so dass die Stadt noch keine Fördermittel in Anspruch nehmen konnte. Sollte sich bei einer zukünftigen Maßnahme die Gelegenheit unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit ergeben, wird die Förderung kommunaler Außen- und Innenbeleuchtung in Anspruch genommen.“

Herr Hillrichs fragte in Bezug auf die Ausführungen zum Handlungsfeld „Energieeffizienz in Betrieben“, ob die Sparkasse oder die Firma OrgaData hierzu angesprochen worden seien, da diese Firmen neue und moderne Bauten errichteten. Er bot seine Hilfe bei Gesprächen an.

Herr Everth erwiderte, dass für dieses Handlungsfeld eine direkte Ansprache und Beratung von Firmen zwar vorgesehen sei, dass hier jedoch eher Unternehmen angesprochen werden sollten, bei denen Handlungsbedarf bestehe. Die von Herrn Hillrichs angesprochenen Unternehmen seien aber gute, öffentlichkeitswirksame Vorbilder.

Herr Runden drückte seine Enttäuschung über das Zwischen-Ergebnis des Klimaschutzbeauftragten aus. Er hätte einiges mehr erwartet.

Herr Buhr fragte zum Handlungsfeld Nr. 1 „Planen, Bauen, Sanieren“, was eine Zukunftssiedlung sei und worin die Hinderungsgründe für eine Umsetzung liegen.

Herr Everth teilte mit, dass eine Zukunftssiedlung ein neues Bau- oder Sanierungsgebiet sein könnte, welches die benötigte Energie auf umweltfreundliche Art erhalte bzw. diese vor Ort selber herstelle. Zudem seien hohe Anforderungen an die Dämmung der Gebäude zu stellen sowie sollte die Mobilität der Bewohner auf umweltfreundliche Art stattfinden, wie z.B. durch Nutzung von Carsharing. Bisher sei noch kein geeignetes Baugebiet hierfür gefunden worden.

Herr Eden meinte, dass mit dem neuen Baugebiet in Bingum 20 neue Bauten hierfür in Frage kämen.

Herr Schoch wandte hierzu ein, dass Bingum für eine Zukunftssiedlung zu peripher liegen würde. Es werde eine zentrale Lage und eine gewisse Siedlungsdichte benötigt. Derzeit gebe es noch viele Vorbehalte von Bauwilligen gegenüber Passivhäusern. Eher realisierbar seien KfW-40-Häuser. Im morgigen Stadtentwicklungsausschuss werde über künftige Baugebiete informiert. Die Politik habe hier das Entscheidungsrecht, welche Vorgaben sie für Bauwillige machen möchte. Die Vorgaben für eine Zukunftssiedlung sollten auf der Grundlage eines Energie- und Mobilitätskonzeptes erfolgen.

Herr Buhr konnte nicht nachvollziehen, warum Investoren bei diesem Thema so zögerlich sind. Für das neue Baugebiet bei Multi-Süd könnte er sich eine Gründach-

siedlung bzw. Solardächer etc. vorstellen. Die Politik sollte das Rückgrat haben, dies für einen kleinen Bereich zu fordern.

Herrn Hillrichs fiel als Beispiel für ein kleineres Projekt hierzu der RadSan-Park bzw. die Hafenkopf-Bebauung oder die Bauabsichten der Firma OrgaData ein. Hier könnten Gespräche mit den Investoren geführt werden.

Herr Schoch erwiderte, dass die Stadt zwar beratend tätig sein könnte, die Bereitschaft zur Umsetzung jedoch bei den Investoren liegen müsse. Er sehe auch Probleme dabei, wenn „weitere Forderungspakete“ auf einem Baugebiet lasten würden. Der soziale Wohnungsbau stagniere bereits jetzt.

Herr Schachner empfahl, kleinere Projekte ins Auge zu fassen, wie es bereits bei der Grundschule Bingum angedacht worden sei, mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und einem Stromspeicher im Keller.

Herr Schoch informierte darüber, dass die Umsetzung dieses Pilotprojektes sich deshalb verzögere, da es steuerrechtliche Bedenken gebe. Dies werde derzeit mit dem Justizariat geklärt.

Herr Kruse warf hierzu ein, dass die Stadt eine Energiegesellschaft habe, die den Auftrag erhalten könnte. Dann würde es keine Probleme steuerrechtlicher Art geben.

Herr Buhr sagte, dass seines Erachtens die örtlichen Investoren ein bisschen zäh seien, was das Thema angehe. Dies hätten ihm seine Erfahrungen als Planer gezeigt. Er schlage deshalb vor, bundesweit um Investoren zu werben. Es gebe viele Menschen, die in Leer leben wollten, da die Region viel zu bieten habe, wie z.B. gute Luft und gutes Klima.

Herr Eden schlug vor, eine öffentliche Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus Bingum zu organisieren, in der Bauwillige für das neue Baugebiet in Bingum vom Klimaschutzmanager darüber informiert werden, welche Möglichkeiten sie hätten, um die CO₂- bzw. Schadstoff-Werte zu senken.

Herr Schoch stellte fest, dass Mitglieder der SPD-Fraktion kürzlich wegen der Forderungen der Stadt für ein Baugebiet öffentlich geäußert hätten, die Stadt habe „den Investor weich gekocht“, so dass dieser schließlich abgesprungen sei. Die Politik habe die Vorgaben für ein neues Baugebiet zu machen. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass dies zu einer Erhöhung des Grundstückspreises führen könnte. Der Bebauungsplan müsste nachgerüstet werden, wenn z.B. die Stellung der Gebäude geändert werden soll.

Herr Eden meinte, dass er lediglich vorgeschlagen hätte, die einzelnen Bauherren anzusprechen und zu informieren.

Herr Kruse schlug vor, dass Herr Eden dies als Ortsvorsteher von Bingum machen könnte.

Herr Fricke bat darum, die Diskussion hier zu beenden. Ganz wichtig sei, bezahlbares Wohnen zu schaffen. Daher stimme er dem Stadtbaurat zu, der zur Vorsicht rate, noch mehr Vorgaben auf Baugebiete „draufzusatteln“. Letztlich würde man dadurch womöglich gar kein Ziel mehr erreichen.

Herr Kruse sagte, dass die Stadt gefordert sei, hier kleinere Leuchtturmprojekte zu initiieren.

Herr Schoch wandte ein, dass Neubaugebiete nicht das Problem seien, sondern die Bestandsgebiete mit den Gebäuden aus den 50er-, 60er- und 70er-Jahren. Nach den heutigen Erfahrungen würden in der Regel nur bei Eigentümerwechseln klimarelevante Sanierungen vorgenommen. Hier sei Aufklärungsarbeit notwendig. Auch die KWL-Bestände seien zu sanieren.

Herr Kruse drückte seine Enttäuschung darüber aus, dass das Solardach-Kataster für Leer nicht erstellt worden sei. Die Stadt hätte dies zumindest für ihre eigenen Bauten erstellen können. Herr Everth hätte Impulse hierzu geben können. Hier habe man „jahrelang geschlafen.“ Er bat um weitere kurzfristige Informationen.

TOP 8 Informationen

TOP 8.1 Tempo 30 vor bestimmten Einrichtungen - Umsetzung der Novelle der StVO vom Frühjahr 2017

Herr Vogelsang trug vor, dass die letzte Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Frühjahr 2017 die Möglichkeit erleichtert habe, vor bestimmten Objekten, wie z.B. Kindergärten, Schulen, Krippen etc. Geschwindigkeitsreduzierungen einzurichten. Dies sei mit der Polizeiinspektion Leer/Emden und der Verkehrsbehörde der Stadt Leer überprüft worden. Über 90% der besagten Objekte befänden sich bereits in Tempo 30 - Zonen oder an geschwindigkeitsreduzierten Strecken. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr habe nun zwischenzeitlich wieder die Regelung für Kindergärten und -krippen dahingehend geändert, dass die Notwendigkeit für Geschwindigkeitsreduzierungen vor diesen Objekten nicht mehr gesehen wird, da die Kinder nicht ohne Begleitung von Erziehungsberechtigten dorthin gebracht und wieder abgeholt würden. In Leer würden die bestehenden geschwindigkeitsreduzierenden Regelungen jedoch deswegen nicht geändert.

TOP 8.2 E-Ladesäule am Parkplatz Schmiedestraße

Herr Schoch berichtete, dass geplant sei, eine E-Ladesäule für Elektroräder am Parkplatz in der Schmiedestraße am Rathaus zu errichten. Der wenig genutzte, pilzförmige Fahrradabstellplatz werde abgebaut und dafür zwei Stellplätze für Elektroräder geschaffen mit einer E-Ladesäule.

TOP 8.3 Integrierter Bewirtschaftungsplan Emsästuar (IBP Ems)

Herr Schoch berichtete darüber, dass der sogenannte Integrierte Bewirtschaftungsplan Emsästuar (IBP Ems) aufgestellt worden sei, um die großen Nutzungskonflikte und schlechten Erhaltungszustände der Naturgüter in diesem Naturraum aufzuzeigen und gleichzeitig die Erfordernisse zum Erhalt und der Entwicklung der Lebensräume darzustellen. Dies sei im europäischen Zusammenhang zu betrachten. Das Emsästuar einschließlich der tidebeeinflussten Bereiche gehöre zum ökologischen Netz Natura 2000, das der Erhaltung des europäischen Naturerbes diene. Die Stadt Leer habe im Rahmen des Prozesses der Aufstellung des IBP Ems mehrmals die Möglichkeit gehabt und auch genutzt, Stellungnahmen abzugeben und inhaltliche Anmerkungen einzubringen. Die Umsetzung werde in der Regel durch das Land Niedersachsen erfolgen. Die konkrete Betroffenheit der Stadt Leer werde sich vermutlich in Grenzen halten.

TOP 8.4 Tunnel Bremer Straße

Herr Schoch teilte mit, dass es zum Tunnel Bremer Straße morgen eine Projektgruppensitzung bei der Bahn in Hannover gebe, an dem Herr Lünig teilnehme. Die Stadt stimme derzeit die Kreuzungsvereinbarung mit der Bahn ab. Außerdem sei eine Vereinbarung zu den Kosten vorab zu klären.

TOP 8.5 Sachstand Ausbau Logaer Weg

Herr Schoch berichtete über den Sachstand zur Sanierung des Logaer Weges. Die Bauarbeiten im ersten Bauabschnitt (Parkstraße bis Brüder-Grimm-Straße) lägen im Zeitplan. Die Bauleistungen für den nächsten Bauabschnitt (Friedhofstraße bis Eichendorffstraße) müssten jetzt ausgeschrieben werden, damit im Frühjahr 2018 gebaut werden könne. Die beiden städtischen Eichen vor dem Gebäude im Logaer Weg 96 würden voraussichtlich gefällt werden müssen, da dort kein Grunderwerb möglich sei. An der Eichendorffstraße sei der Bau eines Minikreisels nur möglich, wenn von der Telekom (Logaer Weg 106) rund 42 qm gekauft werden könnten. Darüber hinaus sei der Bau einer Querungshilfe am Julianenpark in Höhe der Brüder-Grimm-Straße möglich. Hierzu müsse jedoch der Wall verschoben und ca. 5 Bäume gefällt werden.

TOP 8.6 Förderung Bgm.-Ehrlenholtz-Straße

Protokollantwort:

Der im letzten EKUV vorgeschlagene Umbau bzw. die Umgestaltung der Bürgermeister-Ehrlenholtz-Straße (für Autos einspurig) ist nicht fördermittelschädlich und eine mögliche Rückzahlung von Fördermitteln ist nicht erkennbar und auch nicht zu erwarten.

**TOP 8.7 Hinweis zum Abstand zu Radfahrern
- Anfrage von Michael Runden vom 12.10.17**

Herr Vogelsang teilte mit, dass Herr Runden mit E-Mail vom 12.10.17 angefragt habe, ob ein von ihm in Spanien fotografiertes, vergleichbares Hinweisschild zum Sicherheitsabstand zwischen Kraftfahrzeugen und Radfahrern eventuell auch hier im Stadtgebiet, vor allem an den bekannten Problemstellen wie z.B. in der Brunnenstraße, aufgestellt werden könnte. Herr Vogelsang sagte hierzu, dass dieses Hinweisschild nicht amtlich und daher in Deutschland leider nicht zugelassen sei.

TOP 9 Anfragen

TOP 9.1 Gehinderte Sicht durch Grünfläche zwischen Mettjeweg und Weidenweg

Frau Hahn wies darauf hin, dass die Grünfläche zwischen Mettjeweg und Weidenweg die Sicht behindere.

Protokollanmerkung:

Die Anfrage wird an die zuständigen Fachstellen weitergegeben, um hier eine Besserung zu erreichen.

TOP 9.2 Verkehrssicherheit der Graalman-Halle Deichstraße

Frau Stammwitz trug vor, dass beim letzten Sturm das Dach der neu errichteten Graalman-Halle an der Deichstraße abgedeckt worden sei. Da ihres Wissens dort gefährliche Stoffe gelagert bzw. bearbeitet werden, frage sie, ob diese Konstruktion der Halle mit Planen als Dach überhaupt für einen derartigen Betrieb geeignet sei oder ob ein stabileres bzw. zuverlässigeres Dach notwendig wäre und ob hier weiterer Handlungsbedarf bestünde.

Herr Schoch erwiderte, dass die Halle und der Betrieb vom Landkreis Leer bewilligt worden sei. Es habe bereits ähnliche Anfragen hierzu bei der Stadt gegeben. Er bat darum, dass sich Frau Stammwitz direkt an den Landkreis Leer als Bewilligungsbehörde wende, um ihre Frage zu klären.

TOP 9.3 Aufnahme eines Vertreters des ADFC in EKUV

Herr Schachner fragte an, ob es möglich wäre, im EKUV einen Vertreter des ADFC als beratendes Mitglied zu entsenden. Seines Wissens sei dies in vielen Städten der Fall.

Protokollanmerkung:

Das Verfahren ist grundsätzlich im § 71 Abs. 7 NKomVG geregelt. Demnach kann die Vertretung (also der Rat) beschließen, dass neben Abgeordneten andere Personen Mitglieder des Ausschusses werden.

TOP 9.4 Fördermittel für den ÖPNV

Herr Fricke sagte, ihm sei zu Ohren gekommen, dass die Verwaltung evtl. Fördermittel erhalten könne, um den ÖPNV kostengünstiger zu gestalten. Er bat um Informationen hierzu.

Herr Schoch sagte, dass es sogenannte Regionalisierungsmittel gebe, die z.B. zur Finanzierung von Bushaltestellen genutzt würden. Ob es Fördermittel für eine direkte Reduzierung von Fahrkarten gebe, müsse zunächst geprüft werden.

Protokollanmerkung:

Eine direkte Subventionierung des Fahrscheinpreises durch die Regionalisierungsmittel/Fördermittel der LNVG ist nicht möglich. Grundsätzlich bestimmt der Busunternehmer bei dem eigenwirtschaftlichen Busbetrieb den Fahrpreis selbst. Der Einfluss erfolgt indirekt durch Zahlung von Zuschüssen (so wie die zurzeit gezahlten Zuschüsse für den Abendverkehr und Samstagverkehr), die wiederum die Kosten für den Busverkehr senken.

TOP 10 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Herr Scholtalbers erkundigte sich danach, wann die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht endlich aufgehoben werde.

Herr Vogelsang antwortete, dass dieses Projekt bereits zur Hälfte forciert umgesetzt worden sei, parallel zur Anbringung von Radverkehrsstreifen. Durch die Sommerferien habe es eine zeitliche Verzögerung gegeben.

Herr Kruse bat darum, dieses Projekt nun bis zum Frühjahr abzuschließen.

Da keine weiteren Anfragen vorlagen, beendete Herr Kruse den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.59 Uhr. Die Gäste verließen den Sitzungssaal.

Kurz darauf eröffnete Herr Kruse den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Jochen Kruse

gez. Beatrix Kuhl

gez. Insa Seiwald

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer/in